



REPUBLIK ÖSTERREICH
Bundesministerium für Verkehr

20/SN-93/ME

Pr.Zl. 5743/13-1-84

Bitte im Antwortschreiben die Zahl dieses
Schreibens anführen.

A-1010 Wien, Elisabethstraße 9

Telex Nr.: 111800

Sachbearb.: Dr. Catharin

Telefon: 57 56 41 Kl. 73

Entwurf eines Bundesgesetzes über die
Errichtung eines Bundesbautenfonds
(Bundesbautenfondsgesetz); Begutachtung

An das
Präsidium des Nationalrates
Parlament
1010 Wien

Beim GES. ZENTWURF
Zl. <u>52</u> -GE/19 <u>84</u>
Datum: 13. NOV. 1984
Verteilt: 1984-11-14 <u>Prasser</u>

Dr. Müller

Das Bundesministerium für Verkehr beehrt sich, in der Beilage 25
Ausfertigungen seiner Stellungnahme zum angeführten Gesetzentwurf
zu übersenden.

Wien, am 8. November 1984

Für den Bundesminister:

Dr. NEIDHART

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Mabel



REPUBLIK ÖSTERREICH
Bundesministerium für Verkehr

Pr.Zl. 5743/13-1-84

Bitte im Antwortschreiben die Zahl dieses
Schreibens anführen.

A-1010 Wien, Elisabethstraße 9
Telex Nr.: 111800

Sachbearb.: Dr. Catharin
Telefon: 57 56 41 Kl. 73

Entwurf eines Bundesgesetzes über die
Errichtung eines Bundesbautenfonds
(Bundesbautenfondsgesetz); Begutachtung

Bezug: GZ 701.550/6-11/11/84

An das
Bundesministerium für Bauten und Technik
z.H. Herrn Sektionschef
Dipl.Ing. Dr. Schmelz
Stubenring 1
1011 W i e n

Das Bundesministerium für Verkehr beehrt sich, zum angeführten
Gesetzesentwurf wie folgt Stellung zu nehmen:

Zu § 2:

Der Geltungsbereich des Gesetzes (Wirkungsbereich des Bundes-
bautenfonds) ist durch § 2 Abs. 1 - in Verbindung mit der Auf-
zählung bestimmter Hochbauvorhaben des Bautenressorts in der An-
lage - festgelegt.

Gemäß § 2 Abs. 2 ist jedoch dem Verordnungsgeber die Möglichkeit ein-
geräumt, den Wirkungsbereich des Fonds auszudehnen. Diese Be-
stimmung ist so allgemein und so weit über den Bereich nach Abs.1
hinausgehend, daß der Geltungsbereich im einzelnen unklar bleibt.
Der vorliegenden Formulierung zufolge wären z.B. auch Bahn- und
Postbauten von der Verordnungsermächtigung umfaßt.

Nach dem Bundesministeriengesetz (Anlage zu § 2, Teil 2, lit. N,
Zif. 2, 6 und 7) in der geltenden, aber auch in der vorgesehenen
künftigen Fassung ist demgegenüber die Errichtung und Verwaltung

- 2 -

von Bauten, insbesondere der Post- und Telegraphenverwaltung und der Österreichischen Bundesbahnen, Aufgabe des Verkehrsressorts.

Wenn die Möglichkeit offengehalten werden soll, den Fonds künftig auch für Hochbauvorhaben des Verkehrsressorts heranzuziehen, müßte dies also im Bundesbautenfondsgesetz ausdrücklich klargestellt werden. Für eine derartige Verordnung gemäß § 2 Abs. 2 wäre jedenfalls das Einvernehmen zwischen dem Bundesminister für Bauten und Technik und dem Bundesminister für Verkehr (bzw. Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr) vorzusehen. Auf diesen Umstand wäre gegebenenfalls dann auch bei den folgenden Bestimmungen über Einrichtungen und Verfahren Bedacht zu nehmen.

Die Österreichischen Bundesbahnen treten in diesem Zusammenhang dafür ein, Mittel aus dem Fonds für Aufträge am Hochbausektor - die sich auf alle Bundesländer verteilen - zugewiesen zu erhalten. Der Fonds würde mit der Abwicklung der Vorhaben nicht weiter belastet. Die Projektierungsarbeiten sowie die Ausschreibung und Vergabe der bahnspezifischen Hochbauleistungen können von den technischen Stellen der Österreichischen Bundesbahnen selbst ausgeführt werden.

Zu § 5:

Die vorliegende Formulierung sieht vor, daß Grundstücke des Bundes generell unentgeltlich abzutreten sind. Davon wären auch Grundstücke der Bundesbetriebe, von denen immer wieder ein Vorgehen nach kaufmännischen Grundsätzen erwartet wird (siehe auch § 2 Abs. 2 des Bundesbahngesetzes), betroffen.

Der erste Satz des § 5 ist daher in der Entwurfsfassung nicht akzeptabel. Die Grundflächen der Bundesbetriebe, jedenfalls die der Post- und Telegraphenverwaltung und der Österreichischen Bundesbahnen, sollten von der Verpflichtung zur unentgeltlichen Abtretung ausgenommen werden.

Zur Anlage:

In die Liste der Objekte, die dem Fonds zur Bauführung übertragen werden, sollte auch der Neubau der Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge aufgenommen werden.

- 3 -

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden gleichzeitig dem Präsidium des Nationalrates übersandt.

Wien, am 8. November 1984

Für den Bundesminister:

Dr. NEIDHART

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Mahe